

Substanzielles Protokoll 68. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. November 2015, 17.00 Uhr bis 19.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2015/340 | * Weisung vom 04.11.2015:
Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP)
betreffend Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden
Fahrrichtungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu
Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd, Bericht und Abschrei-
bung | VTE |
| 3. | 2015/341 | * Weisung vom 28.10.2015:
Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für
das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die
Periode 2011–2014 | VIB |
| 4. | 2015/295 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2015 | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung:

Anjushka Früh (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Busspur in Affoltern.

G e s c h ä f t e**1378. 2015/340****Weisung vom 04.11.2015:****Motion von Marianne Dubs Früh und Michel Urben betreffend Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrtrichtungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 9. November 2015

1379. 2015/341**Weisung vom 28.10.2015:****Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2011–2014**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 9. November 2015

1380. 2015/295**Weisung vom 09.09.2015****Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2015**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	7 080 200	162 000
2. Kreditübertragungen	+3 638 600 -3 638 600	–
Zusatzkredite brutto	7 080 200	162 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	7 080 200	162 000
– den Kreditübertragungen von	+3 638 600	–
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von	-3 638 600	–

– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minder- ausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkredi- ten von	–2 370 200	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	4 710 000	162 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2015 vor.

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Genehmigung von folgenden Zusatzkrediten und Kreditübertragungen in der laufenden Rechnung: 423 000 Franken dringliche Zusatzkredite, 6,6 Millionen Franken ordentliche Zusatzkredite und 3,6 Millionen Franken Kreditübertragungen. Brutto geht es um 7,1 Millionen Franken Zusatzkredite. Diesen stehen Minderaufwendungen und Mehrerträge in der Höhe von 2,4 Millionen Franken gegenüber. Die Nettobelastung der Stadtkasse beträgt 4,7 Millionen Franken. In der Investitionsrechnung werden vom Stadtrat 162 000 Franken ordentliche Zusatzkredite beantragt. Der Stadtrat erwähnt in der Weisung insbesondere die Erhöhung des Sammelkredits für Abfindungen und Lohnfortzahlungen bei unverschuldeten Entlassungen, die Überbrückungszuschüsse in Folge von vorzeitigen Altersrücktritten und die Mehrausgaben in der Betreuung von Kleinkindern. Die RPK möchte zudem darauf hinweisen, dass sie am 23. Oktober zusätzlich fünf Stadtratsbeschlüsse mit dringlichen Zusatzkrediten zur Erstellung von Züri-Modular-Schulpavillons erhalten hat. Die RPK hat in einem Schreiben an den Schulvorstand und den Hochbauvorstand ihrem Missfallen über diesen Vorgang Ausdruck gegeben. Die Mehrheit der Fraktionen ist bei der Zustimmung zum Rahmenkredit von 50 Millionen Franken für die Pavillons davon ausgegangen, dass im Rahmen der Zusatzkreditdebatten zumindest noch in groben Zügen über die einzelnen Pavillons diskutiert werden kann. Dies ist nun nicht möglich. Mit diesem Vorgehen bringt der Stadtrat das Instrument des Rahmenkredits in Misskredit. Zurück zu den Zusatzkrediten: Insgesamt wurden in der RPK 24 Anträge eingereicht. Umstritten waren unter anderem Personalwerbung, Abfindungen für unverschuldete Entlassungen und Zuschüsse für vorzeitige Altersrücktritte, diverse Dienstleistungen Dritter und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Die Mehrheit der RPK beantragt die Zustimmung zu den bereinigten Dispopunkten a und b.

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): Ich möchte daran erinnern, dass der Aufwand für das aktuelle Budget 8,54 Milliarden Franken beträgt. Budgetiert war ein unsäglicher Aufwandüberschuss von 129,7 Millionen Franken. Das reicht offenbar aber nicht. Es braucht noch Zusatzkredite. Neu würde das Budget mit einem Defizit von 134,4 Millionen Franken da stehen. Besonders sauer stösst uns auf, dass einige Departemente immer wieder Zusatzkredite beantragen, und es aber im TED offenbar möglich ist, ohne Zusatzkredite auszukommen. Die meisten Departemente gehen mit dem Geld, das sie nicht haben, sehr locker um. Darum steigen die Defizite laufend an. Negativ aufgefallen sind uns auch die internen Verrechnungen insbesondere in der IMMO. 2012 waren es noch 353,5 Millionen Franken, was die IMMO-Verrechnungen betrifft, 2015 stehen wir bereits bei 391,7 Millionen Franken. Dazu kommt der Betrag aus den Zusatzkrediten. Damit wird die Aufwandseite aufgebläht. Wir können einmal mehr nicht akzeptieren, dass Zusatzkredite gesprochen werden. Es wird nun vermutlich damit argumentiert werden, dass die Zusatzkredite nötig sind, da das budgetierte Geld bereits ausgegeben ist. Wir stellen fest: Wir haben ein riesiges Budget genehmigt und trotzdem ist man nicht fähig,

ohne Zusatzkredite auszukommen. Es geht um 7 Millionen Franken. Es wird nicht sorgsam mit dem Geld umgegangen. Wir lehnen die Zusatzkredite ab.

Eintreten ist unbestritten.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Rebekka Wyler (SP) hat bereits erwähnt, dass es der Stadtrat nicht geschafft hat, die Züri-Modular-Schulpavillons rechtzeitig via Zusatzkredite zu beantragen. Man muss an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass uns im Mai 2014 versprochen wurde, dass mit 50 Millionen Franken der Bedarf an Schulpavillons bis ins Jahr 2020 gedeckt werden könne. Das ist mitnichten der Fall. Aufgrund der Planung muss davon ausgegangen werden, dass der Betrag schon 2016 nicht mehr ausreichen wird. Um die Grenze zu 50 Millionen Franken nicht zu überschreiten, werden als Übergangskrisenlösung vermutlich Räume dazu gemietet werden müssen. Man sollte in der Investitionsplanungsretraite nochmals darauf zurückkommen, wie das Vorgehen bei Schulbauten künftig sein soll. Der Investitionsplafond wird so oder so erhöht werden müssen. Das wird dann in der Budgetdebatte nochmals ein Thema sein. Man benötigt pro Jahr vermutlich rund 250 Millionen Franken. Auf Rückfragen erhält man dann aber die Antwort, dass diese für die ökologische Sanierung bestehender Räume eingesetzt werden sollen und nicht für zusätzlichen Schulraum. Das ist ein verdankenswertes Ziel, doch man sollte sich überlegen, welche Prioritäten man in den nächsten Jahren setzt. Der Stadtrat muss hier in der Planung eine neue Richtung einschlagen. Sonst werden wir eine Generation von Schülern haben, die zu 20 % in Pavillons aufwachsen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir vertreten schon lange die Haltung, dass man sich auf das Notwendige beschränken sollte. In gewissen Begründungen zu den Zusatzkrediten heisst es entweder, man könne das in der Budgetdebatte festgelegte Senkungsziel nicht erreichen oder man habe zu spät angefangen, richtig zu zählen. Das ist schlechtes Management. Wir können dies nicht akzeptieren. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, die vom Gemeinderat gemachten Vorgaben einzuhalten und sich entsprechend einzuschränken. Wir werden die Zusatzkredite ablehnen.*

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2015 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht hier nicht um den Betrag von 8000 Franken, sondern um das Prinzip. Mit den vorzeitigen Altersrücktritten liegt grundsätzlich eine Problemstellung vor. Bei diesem Zusatzkredit geht es um den vorzeitigen, nicht vorhersehbaren Altersrücktritt des Stellvertreters des Rechtskonsulenten. Der Stadtrat hat die Problematik der vorzeitigen Altersrücktritte teilweise erkannt und Massnahmen in die Wege geleitet. Man sollte aber auch mit den betroffenen Personen verhandeln und klarstellen, dass ein Altersrücktritt nicht per sofort möglich ist. Stellen wie die hier vorliegende können nicht umgehend ersetzt werden. Diese raschen Rücktritte sind zu leicht möglich. Wir können das nicht befürworten. Wir lehnen den Zusatzkredit ab und wollen damit im System der Altersrücktritte ein Zeichen setzen. Diese Personen haben einen Vertrag, einen verantwortungsvollen Job. Die Nachfolge muss sauber geregelt sein.*

Walter Angst (AL): Ich kann nicht nachvollziehen, wie Roger Liebi (SVP) aufgrund der Unterlagen darauf schliesst, dass man nicht mit dem Mitarbeiter gesprochen hat. Wir haben nun zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Stelle erst im Januar ausgeschrieben, denn da haben wir ein neues Budget, oder wir schreiben sie bereits jetzt aus. Derzeit fehlen aber die Mittel für die Aufschaltung des Inserats. Zwei bis drei Monate mit der Ausschreibung einer Stelle zu warten, scheint mir nicht der richtige Weg zu sein.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Es geht um das System. Walter Angst (AL) sagt, man könne nicht herauslesen, dass mit dieser Person keine Gespräche geführt worden seien. Das Gegenteil kann man aber auch nicht herauslesen. Wenn die Budgetprozesse bekannt sind, könnte man mit dieser Person zum Beispiel vereinbaren, dass der Altersrücktritt im 2016 erfolgt. Dies wäre aus meiner Sicht bei Personen in verantwortungsvollen Positionen das richtige Vorgehen.

S. 2	10 1025 3092 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Rechtskonsulent Personalwerbung		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	8 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	8 000		
	Begründung	Gesamtsaldo muss ausreichen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen. Für 2015 wurde 1 Million Franken eingestellt. Nun braucht es noch mehr. Es geht hier nicht nur um Behördenmitglieder. Aufgrund der Geheimhaltungserklärungen darf ich keine Auskunft geben, was hier alles enthalten ist. Es ist skandalös. Meiner Meinung nach haben die Leute in der Stadt ein Recht zu wissen, wie viele Personen dies betrifft und welche Gründe vorliegen. Allein diese Tatsache wäre eine Ablehnung wert. Wir wollen der immerwährenden Erhöhung dieses Postens Einhalt gebieten. Es werden hier jedes Jahr Zusatzkredite beantragt. Das ist inakzeptabel.

Walter Angst (AL): In der Vergangenheit haben die Vorgänger von Daniel Leupi stets bei beiden Zusatzkrediten eine Aufstockung des Budgets beantragt. Man endete in der

Regel bei deutlich über 2 Millionen Franken. Nun wird nur noch ein Zusatzkredit beantragt. Ich nehme an, dass man im Rahmen der 17/0-Diskussionen auch in diesem Bereich etwas vorsichtiger geworden ist. Es gibt gewisse personalrechtliche Bestimmungen, die in diesem Zusatzkredit abgebildet sind. Man schaut zu Beginn des Jahres, dass man mit 1 Million Franken auskommt. Alles, was darüber ist, wird dann zu einem späteren Zeitpunkt beantragt, damit Transparenz herrscht. Das Personalrecht lässt sich nicht über Zusatzkredite beeinflussen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Im Vergleich zu früher hat es sich tatsächlich schon etwas gebessert. Daniel Leupi ist hier weiterhin gefordert. Man geht nach wie vor sehr freigebig mit Abfindungen um in der Stadt. Es würde mich interessieren, wer von den linken Ratsmitgliedern eine Abfindung erhält, wenn ihm in seinem Unternehmen gekündigt wird. Ich hoffe nicht, dass Walter Angst (AL), der hier schon fast eine bürgerliche Linie vertritt, alleine dasteht und die sozialistischen Mitglieder ganz anders denken.

S. 2	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	768 000		Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP)
				Abwesend Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	768 000		
	Begründung	Keine Abfindungen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Im Budget 2015 wurden für das Projekt Documento 5800 Franken eingestellt. Nun werden nochmals 15 000 Franken benötigt. Wir sind der Meinung, dass es nicht jedes Mal überall mehr Geld braucht. Wenn das Geld nicht reicht, muss man das Projekt auf das nächste Jahr verschieben.

Walter Angst (AL): Aus Sicht der Mehrheit macht es wenig Sinn, laufende IT-Projekte innerhalb des Jahres zurückzufahren. Man muss dies zu Beginn des Jahres kommunizieren. Man sollte aber vielleicht einmal grundsätzlich über dieses Vorgehen sprechen. Für das Projekt wurden bei einem Budget von 5800 Franken bereits im August 13 000 Franken ausgegeben und nun werden im November noch 15 000 Franken gefordert. Das ist nicht die feine Art.

S. 3	10 1070 3189 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Betriebsämter Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	15 000		
	Begründung	Innerhalb des bestehenden Budgets ausgleichen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Die Begründung lautet, dass Kürzungen des Gemeinderats im Budget 2015 gebundene Ausgaben betrafen und der Budgetkredit deshalb erhöht werden muss. Diese Begründung mag formell stimmen. Es handelt sich auf diesem Konto grösstenteils um Zahlungen von Erträgen zuhanden von Bund und Kanton. Betroffen sind insbesondere Migrationsgebühren sowie Gebühren für die Ausstellung von Identitätskarten. Doch solche Probleme müssen innerhalb des Budgets ausgeglichen werden können. Man kann nicht einfach das Budget ausweiten.

Shaibal Roy (GLP): Die Mehrheit der RPK stimmt dem Antrag zu. Es handelt sich um Tätigkeiten, die gesetzlich vorgeschriebene Leistungen darstellen. Man kann diese nicht einfach nicht erbringen. Den Leistungen stehen grösstenteils auch entsprechende Gebühreneinnahmen gegenüber. Wir haben somit auf Gegenkonten entsprechende Einnahmen. Das Bevölkerungsamt wird im Übrigen die Budgetkürzungen um 10 % für nicht gebundene Ausgaben befolgen.

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürlimann (SVP): Es wurde uns unterstellt, dass wir die Leistungen einfach streichen wollen. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass es sich um hoheitliche Leistungen handelt und man diese erbringen muss. Man sollte diese aber innerhalb des bestehenden Budgets wahrnehmen.

S. 3	15 1530 3180 0000	Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürliemann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Innerhalb des bestehenden Budgets ausgleichen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): In der Begründung des Zusatzkredits heisst es, der Schlussbericht für die Wohnbauaktion liege zu einem Teil bereits vor. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die RPK konnte deshalb keine Kontrolle vornehmen. Aus diesem Grund lehnt die Minderheit den Zusatzkredit ab.

Walter Angst (AL): Es wäre mir neu, dass wir in der RPK Schlussberichte dieser Art in den vergangenen Jahren intensiv gelesen oder diskutiert hätten. Der Kanton nimmt ohnehin eine genaue Überprüfung vor. Nur dann fliessen die Gelder. Meiner Meinung nach kann die Zahlung an die Stiftung Alterswohnen bereits dieses Jahr erfolgen.

S. 3	20 2000 563102	Finanzdepartement Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Wohnbauaktion 1995: Beiträge an Sanierungen von Wohnsiedlungen		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	162 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	162 000		
	Begründung	Schlussbericht liegt noch nicht vor.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Mit den zusätzlichen Mitteln in diesem Bereich sollen zu einem Teil die Kosten für den zusätzlichen Kühlbedarf der verschiedenen Rechnungszentren aufgrund des extrem heissen Sommers gedeckt werden. Das ist absolut nachvollziehbar. Es wurden aber noch weitere Bereiche wie zusätzliche Server und dergleichen aufgeführt. Diese betreffen einen Teil des Ausbaus und wären planbar gewesen. Wir sind deshalb der Meinung, dass die 100 000 Franken, die durch den heissen Sommer erklärbar sind, gesprochen werden, die restlichen 350 000 Franken jedoch nicht.

Roger Liebi (SVP): Die OIZ hat im Budget einen riesigen Betrag zur Verfügung. Es ist nicht einzusehen, warum man keine Kreditübertragungen gemacht hat. Es gab nun einige heisse Sommer. Es ist somit durchaus möglich, dies auch so einzuplanen. Falls dies nicht gelingt, sollte es zumindest möglich sein, eine Kreditübertragung zu machen und nicht einfach mehr Geld zu verlangen. Man sollte mit dem Geld auskommen, das man hat. Wir verlangen deshalb eine Streichung des gesamten Zusatzkredites.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Erwärmungen nicht planbar sind. Was den Parallelbetrieb der Server angeht: Das Budget für 2015 wurde von der OIZ verkleinert, da eine Auflösung des Parallelbetriebs geplant war. Diese dauert aber noch etwas länger, da gewisse Probleme aufgetaucht sind. Damit der Parallelbetrieb und die Migration durchgeführt werden können, wird Geld benötigt.

S. 3	20 2080 3120 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Wasser, Energie und Heizmaterialien		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	450 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu 1 Verbesserung 1	100 000 350 000	Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP), Referent
	Begründung 1	Wäre planbar gewesen.		
	Neu 2 Verbesserung 2	0 450 000	Minderheit 2	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Begründung 2	Budget muss planbar sein.		
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(450 000)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(100 000)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 81 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 7)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Gemäss Begründung ist es hier trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, das vom Gemeinderat gekürzte Budget einzuhalten. Die Minderheit ist der Meinung, dass es gelingen muss, wenn der Gemeinderat den Rahmen setzt; dass man sich dann organisiert und weniger ausgibt.

Florian Utz (SP): Dieser Antrag hat auch bei der Minderheit für leichtes Stirnrunzeln gesorgt, da das Polizeidepartement die Praxis hatte, Mailanfragen per Briefpost zu beantworten. Das Polizeidepartement hat versprochen, diese Praxis zu ändern. Der wahre Grund für den Zusatzkredit sind im Übrigen nicht die Briefe, sondern die mengenmässig grossen Posten bei den Druckausgaben der Stadtpolizei: Die Polizeirapporte und die Einvernahmen. Man kann sich nun darüber beklagen, dass mit dem neuen Projekt Zoom alles teurer wurde. Das ist meistens so, wenn man etwas auslagert. Mit einer Streichung dieses Zusatzkredits kann man dies aber nicht ändern. Das Ergebnis wäre, dass die Stadtpolizei im Dezember keine Polizeirapporte und keine Einvernahmen mehr ausdrucken kann. Wenn Einvernahmen von den beschuldigten Personen jedoch nicht unterschrieben werden können, sind sie nicht mehr verwertbar. Man würde letztlich Freisprüche provozieren, weil die Stadtpolizei Einvernahmen nicht mehr auf rechtsgültige Art und Weise durchführen kann. Es wäre konstruktiver, ein Postulat gegen das Projekt Zoom einzureichen. Man sollte es der Stadtpolizei nicht verunmöglichen, die Strafprozessordnung einzuhalten.

Weitere Wortmeldung:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements in Vertretung des Vorstehers des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Bei der Stadtpolizei wurde alles unternommen, um die Kosten zu reduzieren. Die RPK wurde entsprechend informiert. Wird der Zusatzkredit nicht genehmigt, würde die Arbeit der Polizei stark eingeschränkt, wie dies Florian Utz (SP) bereits ausgeführt hat. Man sollte die Polizei nicht bei der Arbeit behindern. Der Zusatzkredit sollte genehmigt werden.

S. 4	25 2520 3101 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
7)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	55 000		Minderheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
	Neu	0		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
				Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
				Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	55 000			

	Begründung	Die Budgetvorgaben des Gemeinderats sind einzuhalten.
--	------------	---

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements in Vertretung des Vorstehers des Polizeidepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um Überbrückungszuschüsse in Folge von nicht geplanten, vorzeitigen Altersrücktritten. Es mag sein, dass die Herabsetzung des Umwandlungssatzes bei der Pensionskasse dazu geführt hat, dass sich einige Mitarbeitende mehr für den vorzeitigen Altersrücktritt entschieden haben. Doch Altersrücktritte müssen grundsätzlich frühzeitig angekündigt werden. 2014 lag die Fluktuation bei der Polizei bei 5,7 %, 2013 bei 5,8 %. Das ist nicht allzu hoch. In grossen Betrieben sind Altersrücktritte meistens gut planbar. Deshalb sollten diese Beträge im ordentlichen Budget ausgewiesen sein und nicht mit Zusatzkrediten nachträglich ausgegeben werden. Die Minderheit lehnt den Zusatzkredit ab.

Florian Utz (SP): Es geht um Ausgaben, die gemäss Personalreglement hinsichtlich Höhe und Anspruch klar festgehalten sind. Wenn man hier etwas ändern will, sollte man nicht den Zusatzkredit streichen, sondern die entsprechenden Rechtsgrundlagen anpassen.

S. 4	25 2550 3040 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Personalversicherungsbeiträge		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	375 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	375 000		
	Begründung	Altersrücktritte müssen frühzeitig angegeben werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Wir sind immer wieder mit Anträgen zu nicht geplanten,

vorzeitigen Altersrücktritten konfrontiert. Die Frist für eine Anmeldung eines Rücktritts ist in der Stadt sehr kurz vor dem geplanten Rücktritt angesetzt. Offenbar kann man die Rücktritte nicht besser planen. Gleichzeitig sollte man jedoch aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre wissen, wie viele Altersrücktritte in der Regel eingereicht werden und sollte diese sauber planen. Ansonsten gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann die Zeit mit dem bestehenden Personal überbrücken oder jedes Mal einen Zusatzkredit beantragen. Die Minderheit ist der Meinung, dass eine Lösung im Rahmen des bestehenden Budgets möglich sein müsste. Von der Politik wird immer wieder verlangt, dass ältere Mitarbeiter in den Arbeitsprozess integriert werden sollen und man alles daran setzen soll, dass sie ihren Job nicht frühzeitig verlassen. Der Privatwirtschaft wird oft vorgeworfen, dass sie Mitarbeiter über 50 nicht einstellt. In der Stadt rollt man den Mitarbeitern einen roten Teppich aus, um frühzeitig aus dem Berufsprozess auszuschneiden. Dies gilt es zu überdenken, so dass Mitarbeiter nicht den Anreiz haben, sich möglichst früh pensionieren zu lassen, sondern bis zum ordentlichen Pensionierungsalter arbeiten.

Andrea Nüssli (SP): Aus meiner Sicht geht es nicht darum, dass jemand möglichst frühzeitig zurücktreten möchte. Für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es angenehm, wenn sie lange gesund im Arbeitsprozess bleiben können. Man sollte sie deshalb nicht immer wieder fragen, ob sie nächstes Jahr zurücktreten wollen. Gemäss Personalrecht haben sie den Anspruch, vorzeitige Pensionierungen innerhalb der normalen Kündigungsfrist zu beantragen. Da diese unter einem Jahr liegt, ist es schwierig, die Anzahl der vorzeitigen Pensionierungen abzuschätzen. Wenn jedoch stets ein schlankes Budget gefordert wird, muss auch der Zusatzkredit genehmigt werden, wenn der Topf leer ist.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Gewisse Departemente arbeiten durchaus darauf hin, die Leute auf die Möglichkeit des frühzeitigen Altersrücktritts hinzuweisen. Es möchten nicht alle so lange arbeiten. Die Stadtverwaltung hat gemerkt, dass die vorzeitigen Altersrücktritte eine gewisse Belastung und ein Problem darstellen. Die Anzeichen sind da, dass vermehrt Leute jetzt noch davon profitieren möchten. Bezahlt wird dies aber von den Steuerzahlern. Das muss aufhören.

Walter Angst (AL): Wird eine Erbschaftssteuerinitiative angekündigt, werden auch noch schnell einige Schenkungen vollzogen. Bei einer Diskussion um ein Thema ist es logisch, dass solche Prozesse eintreten. Man kann die städtischen Mitarbeiter nicht an den Arbeitsplatz ketten.

Hans Urs von Matt (SP): Wenn die Spielregeln geändert werden, ist es normal, dass die versicherten Personen auch informiert werden. Jede andere Pensionskasse geht ebenso vor. Im Übrigen ist es Usanz, dass bis sechs Monate vor dem Altersrücktritt dieser bekanntgegeben werden darf. Auch hier bewegt sich die Stadt im gleichen Bereich wie ein Grossteil der Versicherungsstiftungen.

S. 4	40 4000 3040 0000	Hochbaudepartement Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Personalversicherungsbeiträge		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	89 900	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Minderheit
	Verbesserung	89 900		
	Begründung	Altersrücktritte müssen frühzeitig angegeben werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Auch hier geht es um vorzeitige Altersrücktritte. Auffällig ist, dass im TED keine Zusatzkredite für vorzeitige Altersrücktritte beantragt werden. Dort wird vermutlich frühzeitig geplant, man orientiert sich an Erfahrungswerten oder gleicht die vorzeitigen Austritte mit dem bestehenden Personal aus. Wenn die Austritte wirklich nicht gut geplant werden können, soll die Frist von sechs Monaten auf zwölf oder achtzehn Monate erhöht werden, damit ordentlich budgetiert werden kann.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Anrecht darauf haben, gemäss Personalrecht im Rahmen der Kündigungsfrist ihren Altersrücktritt bekanntzugeben und die entsprechenden Zuschüsse zu erhalten.

S. 5	40 4020 3040 0000	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Personalversicherungsbeiträge		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	269 800	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Minderheit
	Verbesserung	269 800		
	Begründung	Altersrücktritte müssen frühzeitig angegeben werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Es ist nicht klar, warum es nun ein Sonderfall sein soll, dass man einen Zusatzkredit benötigt. Wir gehen davon aus, dass auch in anderen Jahren Abschreibungen vorkommen. Auch auf die Frage, welche Objekte von den Abschreibungen betroffen sind, haben wir keine klaren oder gar keine Antworten erhalten. Die Minderheit ist aber vor allem der Meinung, dass die 15 000 Franken im Rahmen des bestehenden Budgets abgedeckt werden sollten.

Andrea Nüssli (SP): Auch hier gibt es klare Vorgaben, die eingehalten werden müssen. Deshalb muss der Zusatzkredit so gesprochen werden.

S. 5	40 4040 3300 0000	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Abschreibungen von Guthaben des FV		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Minderheit
	Verbesserung	15 000		
	Begründung	Muss im Gesamtbudget aufgefangen werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um Zusatzkredite von 950 000 Franken. Das Amt für Hochbauten hat eine höhere Verrechnung von Eigenleistungen. Es verfügt über ein neues, unterjährig eingeführtes Honorarsystem. Es geht nicht an, dass man mitten im Jahr das Verrechnungssystem ändert, wenn das Budget bereits beschlossen wurde. Zudem ist es nicht so, dass interne Verrechnungen, die auf dem Papier einen Saldo von 0 ergeben, einfach bei 0 bleiben. Wenn ein Amt mehr Geld verlangt, hat es nachher auch mehr Geld zur Verfügung und kann damit nochmals neue Dienstleistungen anbieten. Mit den internen Verrechnungen wird der ganze Apparat aufgebläht. Das führt im Endeffekt dazu, dass alles teurer wird. Wir sind grundsätzlich gegen Verrechnungen dieser Art.

Raphaël Tschanz (FDP): Es ist tatsächlich ein seltsames Vorgehen, unterjährig die Regeln zu ändern. Dieses Vorgehen sollte nicht unterstützt werden. Wir wechseln deshalb zur Minderheit.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Meiner Meinung nach haben wir ein Anrecht darauf zu wissen, wie die Begründung für den Mehrheitsantrag lautet.

S. 5	40 4040 3980 0665	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Vergütung an Amt für Hochbauten für Dienstleistungen		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	950 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Verbesserung	950 000		
	Begründung	Zu teure interne Verrechnung.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um die Personalwerbung bei den VBZ. Gemäss Stadtrat waren insbesondere auf Führungspositionen mehr Rekrutierungen erforderlich als erwartet. 2013 betrug die Nettofluktuation bei den VBZ 2,8 %, 2014 waren es 2,7 %. Die Anzahl der freiwilligen Austritte ist sehr tief. Das bedeutet, dass die Zufriedenheit des Personals hoch ist. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb es bei guter Personalfriedenheit und tiefer Fluktuation trotzdem einen Zusatzkredit braucht. Das Gesamtbudget für die Personalwerbung muss ausreichen.

Christian Traber (CVP): Dem Votum von Martin Bürlimann (SVP) ist Folgendes hinzuzufügen: Man hat festgestellt, dass die Bruttofluktuation angestiegen ist. Dort sind auch die Altersrücktritte enthalten. Die Mehrheit der RPK betrachtet dies als ausgewiesen. Im Übrigen ist der Kredit insgesamt immer noch tiefer als im Budget 2014.

S. 5	45 4540 3092 0000	Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Personalwerbung		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Gesamtbudget für Personalwerbung muss ausreichen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um die Mietkosten der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), insbesondere um den Florhof. Einst wurde uns die Fusion der Musikschule mit dem Konservatorium als Mittel angepriesen, mit dem man Synergien schaffen kann. Davon ist nichts zu sehen. Es kostet immer mehr. Offenbar konnten 450 200 Franken nicht eingeplant werden, obwohl die genauen Planungszahlen am 1. Oktober 2014 bereits vorlagen. In der Begründung heisst es nun, man habe von der IMMO erst im Juni 2015 die wirklichen Zahlen zur Miete erhalten. Es ist nicht verständlich, dass bis im Juni 2015 zugewartet wurde. Man hätte nachfragen sollen. Es geht nicht, dass man wartet und dann irgendwann einen Zusatzkredit beantragt und davon ausgeht, dass dieser sowieso gesprochen wird. Wir können das nicht akzeptieren. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, dass in diesem Amt grosse Fehler gemacht werden.*

Andrea Nüssli (SP): *Ich verstehe den Unmut von Roger Liebi (SVP) betreffend rechtzeitiger Budgetierung zu einem gewissen Teil. Man muss aber auch sehen, dass die Abstimmung zum Florhof erst im Juni 2015 stattgefunden hat. Somit war noch nicht sicher, dass diese Mieten dann auch wirklich anstehen würden. Es war zwar voraussehbar und man hätte sie im Budget einstellen können. Es geht jetzt aber darum, dass wir die Kosten für die Leistungen korrekt vergüten müssen. Dafür sind die Zusatzkredite da.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es gibt noch ganz andere Gründe, diesen Zusatzkredit abzulehnen. Erstens: Das Sparprogramm 17/0 betrifft auch die MKZ. Man kann in einem Jahresbudget von 2,6 Millionen Franken in einem Jahr durchaus 400 000 Franken einsparen, zum Beispiel mit Flächenoptimierungen oder mit dem Abbau von Fremdmieten. Zweitens: Die Chefin der IMMO beklagte sich vor einigen Jahren darüber, dass die Plafonds zur Erneuerung und zum Unterhalt der IMMO-Bauten zu wenig hoch seien. Die IMMO konnte den Stadtrat von einer neuen Dienstleistungsvereinbarung überzeugen. Diese Vereinbarung brachte den Anstieg der internen Verrechnungen mit sich. Die MKZ bezahlte im 2013 noch 1,5 Millionen Franken an IMMO-Gebühren. Diese stiegen im 2014 um 80 % an. Man bezahlte plötzlich 2,7 Millionen Franken. So kann die IMMO natürlich die Plafonds erhöhen. Die Mietzinsen im Florhof steigen massiv. Das hat man am Fall Camerata gesehen. Die steigenden internen Verrechnungen werden uns noch Kopfzerbrechen bereiten. Wir bitten den Stadtrat, gegenüber der MKZ, aber auch gegenüber anderen Dienstabteilungen, die bei der IMMO Geld abliefern müssen, den Spardruck zu erhöhen. Das exorbitante Kostenwachstum der MKZ ist zu begrenzen.*

Andrea Nüssli (SP): *Zu den Mietkosten für die Camerata möchte ich anfügen, dass sie sich in der gleichen Mietstruktur wie bisher befindet. Die Kosten sind nicht angestiegen. Weiter muss zur Kenntnis genommen werden, dass wir eine wachsende Stadt sind und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler stetig ansteigt. Es braucht mehr Räumlichkeiten. Die Kosten sind bei der MKZ nach der Fusion nicht stehengeblieben. Dies ist allein auf die steigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern zurückzuführen.*

Roger Liebi (SVP): *Die Lohnkosten liegen bei der MKZ erheblich über dem Durchschnitt*

derjeniger anderer Städte. Andrea Nüssli (SP) ist als Mitglied der RPK mitverantwortlich dafür, dass die Vorgänge bei der Budgetierung und auch danach ordentlich ablaufen. Das Argument, dass die Volksabstimmung erst dieses Jahr stattgefunden hatte und man nicht wissen konnte, ob die Mieten auch tatsächlich anstehen, ist falsch. Die Zahlen lagen am 1. Oktober 2014 vor. Man hätte nachfragen können, wie sich dies auf die Miete auswirkt und dies in den ordentlichen Budgetprozess 2015 einbringen können. Hier wurde etwas versäumt und nun wird im November 2015 nochmals Geld verlangt. Das ist kein sauberes Vorgehen. Es ist nicht das erste Mal, dass dies im Schul- und Sportdepartement vorkommt. Ich bin sehr erstaunt, dass hier nie gehandelt wird.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Camerata-Klage wurde bei uns in der Kommission im September deponiert. Die MKZ behauptet, die Camerata habe die Räume zu den gleichen Konditionen gemietet, wie sie zuvor von der ZHdK vermietet worden waren. Prospektiv interessiert uns aber ganz klar, wie die Vermietungspraxis der MKZ künftig aussehen wird. Wenn die Camerata hier eine falsche Klage deponiert hat, nehme ich die entsprechende Aussage von vorhin gerne zurück.

S. 6	50 5026 3913 0000	Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich Vergütung an IMMO für Raumkosten		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	450 200	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	450 200		
	Begründung	Die Musikschule Konservatorium Zürich wird zum Cashburner.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Druckkosten sind insgesamt zu hoch. Die Umsetzung des Projekts Zoom führt zu höheren Ausgaben als erwartet. Man muss es gesamthaft betrachten, was mit Zoom und anderen Projekten versprochen wurde. Es gibt nun durchs Band fünfstellige Zusatzkredite, Kreditübertragungen und dann auch noch Budgeterhöhungen. Die Minderheit akzeptiert dies nicht. Es muss möglich sein, die Druckkosten auf ein vernünftiges Mass zu senken .

Felix Moser (Grüne): Wir haben heute schon mehrmals über Zoom gesprochen. Es war geplant, dass das Projekt Zoom stadtweit eine Einsparung von rund 3 Millionen Franken einbringen würde. Die RPK wird dies noch genauer überprüfen. Es ist aber nicht sinnvoll, wenn man nun auf einzelnen Dienstabteilungen Druckkosten sparen will.

S. 6	55 5515 3101 0000	Sozialdepartement Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	45 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	45 000		
	Begründung	Die Druckkosten sind insgesamt zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Der Stadtrat begründet den Zusatzkredit mit einem höheren Aufwand für Gutachten, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Bevorschussung der Entschädigungen für private Beistände. Es braucht bei der KESB eine Gesamtschau. Ein bewährtes Milizsystem wurde abgeschafft und durch eine staatliche Beamtenlösung ersetzt. Die Kosten steigen ins Unermessliche und sind zu hoch. Deshalb lehnt die Minderheit den Zusatzkredit ab.

Felix Moser (Grüne): Gerade bei den Entschädigungen für private Beistände muss berücksichtigt werden, dass es sich um private, nicht professionalisierte Personen handelt, die diese Funktion nebenbei ausüben. Die hier aufgeführten Leistungen, so etwa Gutachten, sind praktisch alle gesetzlich vorgeschrieben. Eine Reduktion ist nicht möglich. Wenn eine Massnahme ergriffen werden soll, muss dies vorab abgeklärt werden. Die KESB kann hier nicht einfach frei entscheiden.

Weitere Wortmeldungen:

Roberto Bertozzi (SVP): Aufgrund der finanziell angespannten Lage sind wir der Meinung, dass auch im Sozialdepartement gespart werden muss. Die Professionalisierung der ehemaligen Vormundschaftsbehörde verursacht eine Kostenexplosion. In der KESB sind mehrheitlich Akademiker angestellt: Juristen, Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen und weitere. Diese sind über das weitere Vorgehen in einem Fall oft unsicher und müssen deshalb externe Gutachter und Berater beiziehen. Dies, obwohl die Professionalisierung der Behörde unter anderem darin begründet wurde, dass die notwendige Sach- bzw. Fachkompetenz zwingend in der Behörde selbst vorhanden sein müsse. Umso mehr erstaunt es, dass die Mehrausgaben für die Dienstleistungen Dritter mehr als eine halbe Million Franken über dem budgetierten Betrag liegen. Dies lässt auf zwei Gründe schliessen: Entweder werden die Fachleute an den Hochschulen falsch ausgebildet oder es sind teilweise die falschen Fachleute in der KESB angestellt. Es sind zu viele Juristen, Sozialwissenschaftler und dergleichen angestellt. Es braucht Ökonomen und Mediziner, die eine Liegenschaft selbst bewerten können oder eine

ärztliche oder psychiatrische Einschätzung selbst vornehmen können. Die Frage lautet aber, ob die Akademiker wirklich die besseren Fachleute als die Laien sind, ob man mit gesundem Menschenverstand und mit Menschenkenntnis nicht näher an die Realität kommt und dann folglich nicht auch die richtigeren und gerechteren Entscheide fällt. Die Professionalisierung zeigte nicht die gewünschten Effekte, sprich Professionalität zu tieferen oder gleichbleibenden Kosten. Unter diesen Umständen lehnen wir den Zusatzkredit für das Sozialdepartement ab.

Rebekka Wyler (SP): Wir alle wissen, was im 20. Jahrhundert geschehen ist. Einige Stichworte: Kinder der Langstrasse, Verdingkinder, fürsorgliche Zwangsmassnahmen. Das muss aufgearbeitet werden. Es gibt Diskussionen auf Bundesebene, Wiedergutmachungsinitiativen. Man kann die KESB kritisieren, wenn man möchte, sollte aber nicht behaupten, dass früher alles besser war.

S. 6	55 5530 3180 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	590 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	590 000		
	Begründung	Die Kosten der KESB sind insgesamt zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Durch die privaten Beistände der KESB können Vermögensschäden entstehen. Dies kann zum Beispiel geschehen, wenn ein Antrag auf Ergänzungsleistungen beim Amt für Zusatzleistungen zu spät eingereicht wird. Im Einzelfall müssen bis 20 000 Franken des entstandenen Schadens durch die KESB übernommen werden. Es ist nicht Sache der Allgemeinheit, solche Vermögensschäden zu decken. Das ist einer der Gründe, warum die Kosten aus dem Ruder laufen.

Felix Moser (Grüne): Es geht um Schadenersatz bei privaten, nicht professionalisierten Beistandschaften – Verwandte oder Bekannte –, die ein bis zwei Personen betreuen. Die Beistandschaften müssen relativ viele Tätigkeiten übernehmen, so etwa Krankheits- oder Zahnarzttrückforderungen. Hier können Fehler durchaus vorkommen. Der Schadenersatz, den die KESB übernimmt, muss beglichen werden. Dies ist so geregelt. Da die Schäden nicht planbar sind, ist ein Zusatzkredit notwendig.

S. 6	55 5530 3190 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Schadenersatzleistungen		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	30 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	30 000		
	Begründung	Die Kosten der KESB sind insgesamt zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Der Stadtrat begründet diesen Zusatzkredit mit vermehrten Abschreibungen mangels wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Klienten. Auch hier gilt: Es ist nicht Sache der Allgemeinheit, solche Abschreibungen zu decken. Die Minderheit lehnt den Zusatzkredit ab.

Felix Moser (Grüne): Man könnte diese Beträge auch einfach stehenlassen. Dies wäre aber nicht sinnvoll. Man muss dieses Geld irgendwann abschreiben.

S. 7	55 5530 3300 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Abschreibungen von Guthaben des FV		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Die Kosten der KESB sind insgesamt zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Argumentation ist unverständlich. Für die Deckung von Vermögensschäden bei zivilrechtlichen Massnahmen werden Schadenersatzleistungen in der Höhe des Vorjahres erwartet. Wenn die Kosten in der Höhe des Vorjahres liegen, kann man sie so ins ordentliche Budget einstellen. Die Deckung von Vermögensschäden ist aber grundsätzlich keine Staatsaufgabe.

Felix Moser (Grüne): Die Kosten waren vermutlich nicht im Budget enthalten, weil überall gespart werden muss und man hoffte, dass nicht so viele Schäden wie im Vorjahr vergütet werden müssen. Nun sind es tatsächlich so viele wie im Vorjahr und deshalb braucht es einen Zusatzkredit.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Ich kann die Argumentation von Felix Moser (Grüne) nicht ganz nachvollziehen. Sie führt die gesamte Budgetierungspraxis ad absurdum. Wenn STR Daniel Leupi einen Plafond formuliert, dann erwartet man von den Dienstabteilungen, dass sie entweder sagen, dass dies so nicht umsetzbar ist, oder sie können umsetzbare Vorschläge für Ausgabenreduktionen bringen.

S. 7	55 5550 3190 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Schadenersatzleistungen		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	125 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	125 000		
	Begründung	Die Deckung von Vermögensschäden ist keine Staatsaufgabe.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Der Durchschnittsbezug bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen ist leicht gesunken, doch die Bezugsquote ist höher als erwartet. Dies führt zum entsprechenden Mehrbedarf. Die Betreuungskosten sind insgesamt zu hoch. Sie sind keine Staatsaufgabe, sondern Privatsache.

Felix Moser (Grüne): Die Leute haben einen Anspruch auf Kleinkinderbetreuungsbeiträge, wenn sie gewisse Vorgaben erfüllen. Im Kantonsrat wurde kürzlich darüber

diskutiert. Vermutlich wird es die Beiträge nicht mehr lange geben. Es ist schade, dass es keine Alternative dazu gibt. Momentan gibt es die Beiträge aber noch und sie werden von den Leuten eingefordert, die Anspruch haben. Deshalb wird ein Zusatzkredit verlangt.

S. 7	55 5550 3660 0600	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern		
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 500 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
				Abwesend Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	1 500 000		
	Begründung	Die gesamten Betreuungskosten sind zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um eine Kreditübertragung von 50 000 Franken. Das Projekt Zoom wurde nun bereits mehrmals erwähnt in der Debatte zu den Zusatzkrediten. Die dort erwähnte Begründung von Martin Bürlimann (SVP) gilt auch hier. Wir lehnen den Zusatzkredit ab.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit ist der Meinung, dass es falsch ist, die Probleme mit den Kosten hier auf diese Weise zu lösen.

S. 7	10 1070 von 3911 0000 nach 3101 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Betreibungsämter Vergütung an SBMV für Material / Dienstleistungen Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000		Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)

			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Die Druckkosten sind insgesamt zu hoch.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Üblicherweise werden Kreditübertragungen dann getätigt, wenn das Konto nicht stimmt. Doch hier handelt es sich um eine Kreditübertragung von zahlreichen Posten, die mit dem neuen Posten überhaupt nichts zu tun haben. Es geht um Posten wie Personalwerbung, übriger Personalaufwand, Büromaterial, Druckkosten, Maschinen, Anschaffungen IT-Anlagen, Betriebsmaterialien, IT-Materialien, Miete und Pacht, Reisekosten, Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter und dergleichen. Weil man das Geld für diese Posten nicht benötigt, wird es nun einfach an einen anderen Ort verschoben, im vorliegenden Fall zur Aus- und Weiterbildung des Personals. Ich möchte dem Personal nicht das Recht auf Aus- und Weiterbildung absprechen. Das Geld für die Posten im Budget wird jeweils begründet und von der RPK wird geprüft, ob es berechtigt ist. Wenn sich dann im November zeigt, dass das Geld für einen anderen Zweck verwendet wurde, war die Diskussion im Rahmen des Budgets umsonst. Aus diesem Grund können wir keiner der Kreditübertragungen zustimmen. Es geht um Geld, das man hätte einsparen können. Wenn man so mit Geld umgeht, erstaunt es niemanden, dass wir 2016 Schulden von 10 Milliarden Franken haben werden und jedes Jahr Defizite im Bereich von zig Millionen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *In der Begründung heisst es, dass die Kreditübertragung aufgrund einer Praxisänderung der Verbuchung für Anlässe der Berufsbildung vorgenommen wird. Man hätte einen anderen Zusatzkredit verlangen können. Dies hätte aber zu Mehrausgaben geführt. In diesem Sinne handelt es sich um eine Umbuchung. Die Mehrheit der RPK stimmt deshalb dem Zusatzkredit zu.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Ich wäre froh, wenn STR Daniel Leupi Stellung dazu nehmen würde, ob es so ist, wie Roger Liebi (SVP) es beschrieben hat, oder ob das Geld, das früher bei IT-Verbrauchsmaterialien verwendet wurde, aufgrund einer Weisung des Gemeindeamts heute als Aus- und Weiterbildung des Personals verbucht werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Ausgaben für IT-Verbrauchsmaterialien bei gesamtstädtischen Anlässen für Berufsbildung entstehen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Mittel werden für Weiterbildungen eingesetzt. Hier gibt es nichts zu hinterfragen.*

S. 8	20 2050 von 3092 0000 3099 0000 3100 0000 3101 0000 3111 0000 3113 0000 3130 0000 3132 0000 3160 0000 3161 0000 3170 0000 3180 0000 3189 0000 3199 0000 nach 3091 0000	Finanzdepartement Human Resources Management Personalwerbung Übriger Personalaufwand Büromaterial Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge Anschaffungen IT-Anlagen Software Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien IT-Verbrauchsmaterialien Miete und Pacht von Liegenschaften Mieten und Benutzungskosten Reise- und Spesenentschädigungen des Personals Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter Übriger Sachaufwand Aus- und Weiterbildung des Personals		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	158 600	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Die neue Mittelverwendung entspricht in keiner Weise dem ursprünglichen Zweck.		

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 30 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um eine Kreditübertragung in der Spitex von den nichtpflegerischen Leistungen zur ambulanten Krankenpflege. Man hat offenbar gesehen, dass auf der einen Seite die Beträge nicht wie erwartet benötigt werden, und verschiebt das Geld in einen anderen Bereich. Immerhin bleibt es hier innerhalb der Spitex. In der Stadt wird bei der ambulanten Krankenpflege wesentlich mehr gemacht als bei aussenliegenden Gemeinden. Es liegt wie so oft in der Stadt eine Luxusvariante vor. Deshalb lehnen wir die Kreditübertragung ab.*

Felix Moser (Grüne): Es wurde analysiert, wo die in der Spitex aufgewendete Zeit und die entsprechenden Kosten hinfliessen. In der Pflege geschieht mehr, in den hauswirtschaftlichen Leistungen weniger. Deshalb beantragt der Stadtrat hier korrekterweise einen Zusatzkredit, damit wir sehen, wo das Geld wirklich hinfliesst und damit auf den richtigen Konten verbucht wird.

S. 8	30 3010 von 3650 4000 nach 3650 3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Unternehmungen für nicht-pflegerische Leistungen (Spitex) Beiträge an private Unternehmungen für Leistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)		
23)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 300 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Die Spitexkosten in der Stadt Zürich steigen überproportional im Vergleich mit anderen Gemeinden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Übertragung von 100 000 Franken ist für uns nicht nachvollziehbar und wir lehnen deshalb eine Kreditübertragung ab. Verschiebungen führen wie bereits erwähnt zu einer Aufblähung des Apparats. Dieses Vorgehen werden wir nicht unterstützen.

Raphaël Tschanz (FDP) verzichtet auf eine Wortmeldung.

S. 9	40 4020 von 3182 0000 nach 3180 0212	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Gebühren		
24)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
			Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Begründung	Arbeiten und Projekte müssen im Rahmen des bisherigen Budgets erledigt werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Wir haben nun von Felix Moser (Grüne) verschiedentlich gehört, dass die Ämter unter dem Spardruck ein zu tiefes Budget eingegeben hätten und man deshalb jetzt Zusatzkredite sprechen müsse. Er warnt vor Sparübungen. Wenn man jedoch auf ein ohnehin bereits hohes und stetig wachsendes Budget noch zusätzliche Kredite packt, kann man keinen Vorwurf machen, in dieser Stadt würde eine Sparpolitik herrschen. Wir waren damals gegen das Budget. Die andern haben dem Budget zugestimmt und verlangen nun unter dem Jahr sogar noch zusätzliche Kredite. Das kann doch nicht sein. Doch die entsprechenden Parteien geben das Geld der Anderen gerne aus.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir haben bereits im Budget ein relativ grosses Defizit und nun kommen noch Zusatzkredite dazu. Damit wird letztlich die Gesamtsituation der Finanzen nochmals verschlechtert. Ich erwarte, dass man im Gemeinderat darauf achtet, dass man am Schluss die vom Budget gegebene Ausgangssituation nicht noch mit Zusatzkrediten verschlechtert. Das war heute leider nicht der Fall.*

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP)
 Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	7 025 200	162 000
2. Kreditübertragungen	+3 638 600 -3 638 600	–
Zusatzkredite brutto	7 025 200	162 000

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	7 025 200	162 000
– den Kreditübertragungen von	+3 638 600	–
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von	-3 638 600	–
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minder- ausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkredi- ten von	-2 370 200	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	4 655 000	162 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. November 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1381. 2015/353

Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP) und 45 Mitunterzeichnenden vom 11.11.2015:

Aktionstag der Gewerkschaften vom 10. November 2015, Angaben zu den eingeholten Bewilligungen und den allenfalls damit verbundenen Auflagen sowie mögliche Sanktionen für die Organisatoren

Von Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP) und 45 Mitunterzeichnenden ist am 11. November 2015 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gestern Dienstag führten die Gewerkschaften trotz des bis Ende Jahr im Landesmantelvertrag (LMV) vereinbarten unbeschränkten Arbeitsfriedens (LMV Art. 7 Abs. 2) zwischen den Sozialpartnern einen Streiktag am Zürcher Hauptbahnhof und in der zentralen Innenstadt von Zürich durch. Sie blockierten während Stunden die Achse Helvetiaplatz - Hauptbahnhof - Central - Weinbergstrasse mit einer Demonstration und diversen Aktionen, bei denen es auch zu Sachbeschädigungen kam, und die zu einem massiven Chaos führten. Der Verkehr in der Innenstadt brach teilweise völlig zusammen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Dem Vernehmen nach verfügten die Organisatoren des "Chaostags" über keine ausreichenden Bewilligungen für ihre Aktionen. Trifft dies zu?
2. Wenn ja: Haben die Organisatoren keine Bewilligung eingeholt oder wurde eine solche zwar eingereicht, aber nicht bzw. nur teilweise bewilligt?
3. Wurden die Organisatoren vom Polizeivorsteher vorgängig darauf hingewiesen, dass für die geplanten Aktionen entsprechende Bewilligungen einzuholen sind - oder hat das Polizeidepartement trotz seinem Informationsstand, dass die Organisatoren eine solche Bewilligung nicht oder nur teilweise einzuholen gedenken, bewusst darauf verzichtet, diese darauf hinzuweisen? Falls ja, welche Absicht war damit verbunden?
4. Sofern der Stadtrat bei Vorliegen eines Gesuchs solche Bewilligungen erteilt hätte: Welche Bedingungen und Auflagen hätten die Organisatoren dafür erfüllen müssen?
5. Welche Massnahmen trifft die Stadtpolizei beim Fehlen entsprechender Demonstrationsbewilligungen? Welche Massnahmen wurden im gestrigen Fall getroffen?
6. Wie wird generell sichergestellt, dass Organisatoren von Demonstrationen, welche sich ans geltende Recht halten, nicht schlechter gestellt werden als solche, welche sich nicht an die geltenden Gesetze und Vorschriften halten?
7. Gedenkt der Stadtrat allenfalls, solche unbewilligten Kundgebungen jeweils mit Notbewilligungen kurzerhand zu legalisieren? Sind solche Notbewilligungen nicht lediglich für Kundgebungen bei unvorhersehbaren Ereignissen gedacht?
8. Vertritt der Stadtrat neuerdings die Meinung, dass es für solche Kundgebungen keine Bewilligungen mehr braucht? Wenn ja, was sind die Konsequenzen für zukünftige Demonstrationen und deren Organisatoren?
9. Hatten die SBB Kenntnis vom "Baustellenmittag" mitten im Zürcher Hauptbahnhof und gaben sie dafür ihre Zustimmung? Wenn ja, warum? Falls nein, ist dem Stadtrat bekannt, ob eine Strafanzeige der SBB gegen die Organisatoren vorliegt?
10. Mit welchen Sanktionen haben die Organisatoren der nicht bewilligten Kundgebung durch die Zürcher Innenstadt nun zu rechnen?
11. Lagen von den Organisatoren bzw. deren Hintermännern in der Vergangenheit bereits solche Verstösse vor? Falls ja, welche und wie oft kamen sie vor?
12. Auch Mitglieder des Schwarzen Blocks sind an der Kundgebung gesichtet worden: Hatte die Stadtpolizei im Vorfeld Kenntnis davon, dass sich auch Mitglieder des Schwarzen Blocks am Streik beteiligen werden?
13. Weshalb hat die Stadtpolizei die unbewilligte Demonstration zugelassen bzw. diese nicht umgehend aufgelöst?
14. Welche Kosten entstanden der VBZ im Zusammenhang mit der Blockierung und Umleitung der diversen Bus- und Tramlinien (u.a. Linien 4, 8, 13, 17, 32)?

Mitteilung an den Stadtrat

1382. 2015/354

**Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL) vom 11.11.2015:
Veröffentlichung der Stadtratsbeschlüsse, Angaben zur Klassifizierung der
Beschlüsse sowie Möglichkeiten für deren Publikation**

Von Walter Angst (AL) ist am 11. November 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat publiziert eine Auswahl seiner Beschlüsse auf www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/stadtrat/geschaefte-des-stadtrates/stadtratsbeschluesse.html. Ich bitte den Stadtrat im Zusammenhang mit der Publikation seiner Beschlüsse nach den einschlägigen Bestimmungen des Öffentlichkeitsprinzips um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie werden die Beschlüsse des Stadtrats klassifiziert? Welche Beschlüsse werden veröffentlicht?
2. Bitte um Angabe der seit Einrichtung der Webseite jährlich ergangenen Stadtratsbeschlüsse nach Klassifizierung und Publikation auf der Webseite.
3. Wieso werden Stadtratsbeschlüsse, die als „befristet nicht öffentlich“ klassifiziert sind, nach Ablauf der Frist nicht publiziert?

4. Ist der Stadtrat bereit, eine vollständige Liste mit den Titeln der Stadtratsbeschlüsse und deren Klassifizierung regelmässig zu publizieren?
5. Ist der Stadtrat bereit, nicht publizierte Stadtratsbeschlüsse mit Abdeckung der Passagen, die aufgrund von Persönlichkeitsrechten nicht publiziert werden dürfen, zu publizieren?
6. Ist der Stadtrat bereit, die publizierten Stadtratsbeschlüsse, die auch auf der Webseite des Gemeinderats publiziert sind, auf der Stadtratswebseite zu markieren?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1383. 2015/247

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP) vom 08.07.2015:

Entwicklung des Verkehrsaufkommens im Perimeter Albisriederdörfli / Bahnhof Altstetten sowie mögliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 939 vom 4. November 2015).

1384. 2015/273

Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL), Simon Kälin (Grüne) und 5 Mitunterzeichnenden vom 19.08.2015:

Betrieb der Voliere im Arboretum am Mythenquai, verbindliche Festlegung der Aufgaben und Arbeiten der Wildvogel- und Notfallstation sowie Massnahmen zur Weiterführung des Betriebs im Rahmen der anstehenden Sanierung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 923 vom 28. Oktober 2015).

Nächste Sitzung: 11. November 2015, 20.30 Uhr.